

21. Dez. 2015

BNetzA	
16. Dez. 2015	
JJ	Referat 613P



STADT MARKTREDWITZ 95614 Marktredwitz

Bundesnetzagentur
Stichwort Netzentwicklungsplan/Umweltbericht
Postfach 8001
53105 Bonn

Bauamt

SACHGEBIET
Bauordnung, Denkmalschutz

VERWALTUNGSGEBÄUDE
Böttgerstraße 10, 95615 Marktredwitz

TELEFON 0 92 31 5 01 - 0
TELEFAX 0 92 31 5 01 - 1 88

E-MAIL gerald.braun@marktredwitz.de
INTERNET www.marktredwitz.de

ÖFFNUNGSZEITEN

Mo-Fr 08 - 12 Uhr
Do 14 - 18 Uhr
und nach Vereinbarung

IHR ZEICHEN
IHRE NACHRICHT VOM

UNSER ZEICHEN
601

DURCHWAHL
-168

SACHBEARBEITER
Hr. Braun

MARKTREDWITZ
10.12.2015

Stellungnahme zum „Netzentwicklungsplan Strom 2025 – Version 2015 Erster Entwurf“

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Marktredwitz nimmt Stellung zum Netzentwicklungsplan Strom 2025, 1. Entwurf der ÜNB (NEP 2015) und erhebt gegen den Trassenneubau DC5G und DC5I (Neubau/Ausbau) (Gleichstrompassage Süd-Ost) die nachfolgenden Einwendungen.

Der Veröffentlichung unserer Stellungnahme wird zugestimmt.

1. Grundsätzliches

Mit dem „NETZENTWICKLUNGSPLAN STROM 2025, VERSION 2015, 1. ENTWURF“ sind wir nicht einverstanden. Wir sprechen uns gegen den NEP 2025 aus.

Wir sprechen uns gegen die geplanten Netzausbaumaßnahmen DC5G und DC5I Neubau/Ausbau der HGÜ-Verbindungen zwischen Wolmirstedt und Gundremmingen/Gundelfingen bzw. Isar (Seite 125) aus, bis ihre Notwendigkeit von unabhängiger Expertenseite zweifelsfrei belegt wird und zweifelsfrei eine gesundheitliche Belastung der Bevölkerung ausgeschlossen werden kann.

BANKVERBINDUNGEN

Sparkasse Hochfranken
IBAN DE62 7805 0000 0810 0113 61
BIC BYLADEM1HOF

VR-Bank Fichtelgebirge eG
IBAN DE07 7816 0069 0000 0030 00
BIC GENODEF1MAK

Commerzbank Marktredwitz
IBAN DE96 7814 0000 0800 0895 00
BIC COBADEFFXXX

HypoVerleinsbank Marktredwitz
IBAN DE70 7802 0070 0009 6204 00
BIC HYVEDEMM424

Postbank Nürnberg
IBAN DE89 7601 0085 0017 5038 54
BIC PBNKDEFF



Wir lehnen, die Trassen auch deswegen ab, weil Sie überwiegend dem europäischen Stromhandel dienen sollen, die notwendigen Investitionen aber ausschließlich über die Umlagen von den deutschen Stromkunden getätigt werden. Es wurde bisher nicht schlüssig nachgewiesen, dass die neuen Stromleitungen für die Versorgungssicherheit Deutschlands zwingend erforderlich sind!

Das DIW belegt, dass es keine Blackouts geben wird, obwohl die HGÜ-Leitungen bis zum Atomausstieg nicht fertiggestellt und betriebsbereit sein werden:

„Allgemein ist festzuhalten, dass die Versorgungssicherheit Bayerns auch nach der Abschaltung der Atomkraftwerke 2022 nicht gefährdet ist.“ ^[1]

Die Energiewende ist ein Projekt der gesamten Gesellschaft der Bundesrepublik, höhere Kosten, z. B. durch eine (Erd-) Verkabelung müssen alle Bürger tragen, neue Freileitungen können nicht akzeptiert werden!

Bis 2035 soll über oben genannte Trassen überwiegend „Braunkohlestrom in Starkwindperioden“ ^[2] transportiert werden. Dies belastet die CO₂-Bilanz der Bundesrepublik negativ in einem nicht akzeptablen Umfang und steht so im **Gegensatz zur Energiewende!**

2. Neutralität der Bundesnetzagentur

Das künftige deutsche Stromnetz wird derzeit ausschließlich von den Netzbetreibern selbst geplant. Sie alleine weisen auch die Notwendigkeit von Ausbaumaßnahmen nach. Die Bundesnetzagentur (BNA) prüft und genehmigt diese Anliegen.

Viele ehemalige Mitarbeiter der Stromerzeugungskonzerne und Übertragungsnetzbetreiber (ÜNBs) sind mittlerweile bei der BNA beschäftigt.

Wir zweifeln daher die grundsätzliche Unabhängigkeit und Neutralität der BNA in dem laufenden Verfahren an.

Das „Schwarzbuch Kohlepolitik“ ^[3] nennt überdies 44 politische Mandatsträger, die eine eindeutige und einseitige Beziehung zu den Stromnetzbetreibern und Stromerzeugungskonzernen haben.

¹ DIW Berlin: Politikberatung kompakt 97, S. 25

² DIW Berlin: Politikberatung kompakt 97, S. II

³ <https://www.greenpeace.de/node/15022>

3. Einseitige Betrachtungsweise

Zu den HGÜ-Trassen DC5 und DC6 werden im NEP leider keine Alternativen aufgezeigt.

So belegt beispielsweise eine Studie des efzn einwandfrei, dass die HGÜ-Trassen grundsätzlich entbehrlich sind.

Das Zahlenmaterial der Studie mit dem Titel **„Szenarienerstellung und -berechnung zur Analyse von Transportkapazitäten“** fußt genau auf die Daten des NEP2014 und zeigt mehrere Szenarien mit und ohne HGÜ-Trassen auf.

Die Studie ist im Anhang zu finden.

„Entgegen fachlich fundierter Stellungnahmen [efzn, DIW, FW, BUND, ...] und knapp 40.000 Stellungnahmen zum NEP 2024-2 wurde keine alternative Variante ohne Trassenneubau in den aktuellen NEP aufgenommen.“^[4]

4. Fehlende Energiespeicher

Im neuen NEP Entwurf wird das Thema Speichermedien aus unserer Sicht unzureichend berücksichtigt. Grundsätzlich sollte überschüssig produzierter Strom dort (zwischen-)gespeichert werden, wo er auch produziert wird. Dies würde die neuen Stromtrassen grundsätzlich entbehrlich machen.

a) Variante Kurzzeitspeicher:

Bei einer Steigerung der finanziellen Attraktivität von Kurzzeitspeichern für Privathaushalte würden keine neuen HGÜ-Leitungen benötigt werden.

b) Variante Speicher durch Elektrolyse, evtl. Methanisieren, evtl.

LOHC-Technik u.v.m.:

Dort wo große Mengen Strom produziert werden (Windkraftanlagen, Biogasanlagen) kann überschüssiger Strom vor Ort durch z.B. Elektrolyse in Gas umgewandelt werden und ins vorhandene gut ausgebaute deutsche Gasnetz eingebracht und gespeichert werden.

Zusätzliche Gaskavernen und großtechnische Anlagen dieser Art sind einfacher zu bauen, finanzieren und durchzusetzen, volkswirtschaftlich sinnvoller als neue Stromleitungen. Außerdem können hierfür Standorte wie z.B.

⁴http://www.bund-naturschutz.de/presse-aktuelles/pressemitteilungen/artikel/brief-und-petition-fuer-die-buergerenergie-wende-gegen-stromautobahnen.html?no_cache=1&cHash=9999fcabf6940f3fd9b587e29704b1d8

alte Atommeiler genutzt werden, die schon die nötige Strominfrastruktur besitzen. Das vorhandene deutsche Gasnetz schafft einen gewissen Grad an Transport von zusätzlichem Gas.

Eine Einspeisung von Wasserstoff aus der Elektrolyse in das Gasnetz kann bis zu einem Anteil von 50% zum Erdgas problemlos erfolgen, was in der Vergangenheit z.B. von den Stadtwerken in West-Berlin bis zum Jahr 1989 erfolgreich praktiziert wurde.⁵ [6]

Volkswirtschaftlich gesehen, ist Abriegeln (oder Redispatch) nicht sinnvoll.

Energie die gewonnen wurde, sollte auch eingesetzt werden können.

Windkraftanlagen sollten daher nicht bei Überkapazitäten einfach abgeschaltet werden, sondern weiter Energie produzieren, die entsprechend zwischengespeichert dann in Windflauten genutzt werden kann.

Deshalb sind Speicher selbst bei Wirkungsgraden von nur 30% (bei der Methanisierung) die volkswirtschaftlich günstigere Lösung, als kostenintensive HGÜ-Trassen, wie die auf Seite 125 beschriebene Leitung DC5G, DC5I, DC6G, DC6I. Die (finanzielle) Attraktivität von Speichern muss daher gesteigert werden, um dahingehend Anreize für Investitionen zu schaffen.

Überschüssiger Strom ist im Überfluss vorhanden, dies belegen die hohen Zahlen an deutschen Stromexporten ins benachbarte Ausland. Statt Redispatch und Abriegelung Erneuerbarer Energien, müssten u.a. vorhandene Pumpspeicher effektiver genutzt werden. Wir fordern daher die Marktregeln für Pumpspeicher zu ändern und zu verbessern.

Grundsätzlich müssen unserer Meinung nach volkswirtschaftliche Erwägungen über netzpolitischen und betriebswirtschaftlichen Erwägungen der Netzbetreiber und Stromkonzerne stehen. Sinnvoll ist nur das, was insgesamt der Volkswirtschaft dient und nicht ausschließlich den Netzbetreibern. Schließlich bezahlt die Allgemeinheit über die Netzentgelte die Investitionen ins Stromnetz.

⁵ Nachzulesen z.B. unter <http://www.dvgw-innovation.de/fileadmin/dvgw/angebote/forschung/innovation/pdf/1312matthes.pdf>

⁶ Quelle: Ein Energieberater, gebürtig aus Berlin

5. Verknüpfung mit europäischen Stromnetz

Die Strom-Infrastruktur wird im NEP sehr stark an Offshore-Strom und Pumpstrom aus Norwegens Fjorden gekoppelt. Im Bereich der Südlink-Leitung macht dies durchaus Sinn. Die Trasse DC5/DC6 wird aber ebenfalls an den Offshore-Strom angeschlossen. Auf Seite 91 des aktuellen NEP Entwurfs ist auch der Anschluss von *Baltic 1* im Anschlussgebiet Bentwisch/Güstrow eingezeichnet. Im alten NEP war hier auch der Anschluss von neuen Leitungen aus Russland vorgesehen. Durch die Gefahr, dass europäische Atomkraftwerke dadurch in direkter Konkurrenz stehen, werden russische (geplant: AKW Kaliningrad vor allem für deutschen / europäischen Markt), tschechische, französische und zukünftig auch polnische/litauische Atomkraftwerke versuchen, Kosten einzusparen. Sind die neuen großen Stromautobahnen vorhanden (DC5 und DC6 mit direkter Einspeisemöglichkeit in Güstrow via P34 und P215), so steht die deutsche Energiewende, der Verzicht auf Atomstrom, in direkter Konkurrenz zum kostengünstigeren Atomstrom aus dem Osten. Der damit hervorgerufene Preiskampf im Stromsektor führt unserer Meinung nach letztlich zu einer Reduzierung der Sicherheitsstandards, vornehmlich bei ohnehin unsicheren Atomkraftwerken russischer Bauart.

6. CO² - Zertifikate

Die Absicht zur CO₂-Senkung wurde im neuen Entwurf des NEP erwähnt.

Jedoch wird auf Seite 54 des NEP Entwurfs dargestellt:

„Eine Emissionsminderung in Deutschland hätte aber wahrscheinlich einen sinkenden CO₂-Preis in Europa zur Folge.“ Unserer Meinung nach sollten die frei werdenden Zertifikate vernichtet und nicht weiter verkauft werden. Wir vertreten die Ansicht, dass sich das Emissions-Volumen im Laufe der Zeit von selbst reduzieren wird. Somit würde sich das Angebot von selbst verknappen und der erhoffte Effekt, die CO₂-Reduzierung wird umgesetzt. Dadurch wird der CO₂-Preis in Europa unserer Meinung nach sogar steigen.

7. Strom aus Gas

Auf der Webseite des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V.^[7] wurde veröffentlicht, dass im Jahr 2011 noch 10,5 TWh, und im Jahr 2012 nur noch 9,2 TWh Energie in Bayern aus Gas in Strom umgewandelt wurden.

Hieraus ist ersichtlich, dass in bayerischen Gaskraftwerken immer weniger Strom produziert wird. So war beispielsweise im Jahr 2012 der für wenigstens 4000 Betriebsstunden pro Jahr ausgelegte Block 4 des Kraftwerks Irsching nur 2000 Stunden am Netz. Der Betrieb gilt angesichts niedriger Börsen-Strompreise als nicht kostendeckend.^[8] Da der Strommarkt aber neue Regularien bekommt, wie im Grünbuch des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie im Januar/Februar 2015 beschrieben wurde und mit dem Strommarkt 2.0 am 4. November 2015 gesetzlich beschlossen wurde, wird sich hoffentlich im Bereich der Stromproduktion einiges ändern:

Einerseits werden „in der Netzreserve [...] seitens der Betreiber zur Stilllegung vorgesehene, aber systemrelevante Kraftwerke zur Überbrückung von Netzengpässen außerhalb des Strommarktes vorgehalten“, andererseits werden „um gleichzeitig das nationale Klimaschutzziel für 2020 zu erreichen, [...] ab 2016 Braunkohlekraftwerke schrittweise aus dem Markt genommen und vorläufig stillgelegt. Dies betrifft Braunkohlekraftwerke mit einer Leistung von 2,7 Gigawatt; dies entspricht 13 Prozent der gesamten in Deutschland installierten Braunkohlekraftwerkskapazität“.^[9]

Mit mehr Stromproduktion aus Gas in Süddeutschland (gekoppelt mit der Speicherung von Energie durch Befüllung des Gasnetzes) kann man auch ohne efzn-Gutachten aus dem NEP herausrechnen, dass einige HGÜ-Trassen nicht notwendig sind:

Im Szenario B1 Seite 69 wird im Jahr 2025 in Bayern 7,5 TWh Energie aus Gas produziert (vgl. Seite 68 Szenario A: 8.8TWh). Die Deckungslücke in Bayern wird als Importbedarf auf Seite 66 im den Szenarien A und B1 genannt: 35% / 29 TWh. Würde man in Bayern an den Standorten von Atomkraftwerken insgesamt 6 Gaskraftwerken á 3 MW aufrüsten, so würde der Importbedarf auf 11,5 TWh, das sind 13,4% landesweit, sinken.

⁷ http://www.vbew.de/fileadmin/Daten/datei_anhaenge/V_452_EfB/452_2013_EfB_Web.pdf

⁸ J. Flauger, A. Höpner: Die Abrechnung. In: Handelsblatt. 8. Juli 2013, S. 4.

⁹<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/entwurf-eines-gesetzes-zur-weiterentwicklung-des-strommarktes,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>

8. Fazit

Viele weitere Punkte, welche im Detail nicht im Ersten Entwurf des NEP 2025 erwähnt sind, sprechen aus unserer Sicht gegen die Trasse DC5/DC6.

Wir befürchten trotz der aufgezeigten Möglichkeiten der Erdverkabelung auch weiterhin konkrete Gefahren für unsere Trinkwasserversorgung, für die heimische Forst- und Landwirtschaft, sowie die grundsätzlichen Entwicklungsmöglichkeiten unserer Stadt, die durch die Trasse DC5/DC6 deutlich beschnitten werden.

Wir sehen es auch weiterhin als die grundsätzliche Aufgabe der Netzentwicklung und aller daran Beteiligten an, gesellschaftlich akzeptable Lösungen für die Energiewende zu finden. Die bisher angewandten Methoden zur Planung der Trassen, der Durchführung der Umweltprüfungen, sowie die Möglichkeiten der Enteignung und Entrechtung im weiteren Planungsverlauf sind aus unserer Sicht nicht die richtigen zielführenden Mittel.

Mit dem geplanten Vorhaben wird dem gesetzlichen Grundsatz widersprochen: **„Durch das Strommarktgesetz werden die Rahmenbedingungen geschaffen, um die Stromversorgung volkswirtschaftlich kosteneffizient und umweltverträglich weiterzuentwickeln, sowie die Versorgungssicherheit bei der Transformation des Energieversorgungssystems zu gewährleisten.“** ^[10]

Objektiv betrachtet kann man daher nur zu dem Ergebnis kommen, dass die Trasse DC5/DC6 aus volkswirtschaftlicher Sicht grundsätzlich nicht notwendig ist.

Mit freundlichen Grüßen



Weigel
Oberbürgermeister

¹⁰<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/entwurf-eines-gesetzes-zur-weiterentwicklung-des-strommarktes,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>

Quellen:

- ¹ DIW Berlin: Politikberatung kompakt 97, S. 25
- ² DIW Berlin: Politikberatung kompakt 97, S. II
- ³ <https://www.greenpeace.de/node/15022>
- ⁴ http://www.bund-naturschutz.de/presse-aktuelles/pressemitteilungen/artikel/brief-und-petition-fue-r-die-buergerenergie-wende-gegen-stromautobahnen.html?no_cache=1&cHash=9999fcabf6940f3fd9b587e29704b1d8
- ⁵ Nachzulesen z.B. unter
<http://www.dvgw-innovation.de/fileadmin/dvgw/angebote/forschung/innovation/pdf/1312matthes.pdf>
- ⁶ Quelle: Ein Energieberater, gebürtig aus Berlin
- ⁷ http://www.vbew.de/fileadmin/Daten/datei_anhaenge/V_452_EfB/452_2013_EfB_Web.pdf
- ⁸ J. Flauger, A. Höpner: Die Abrechnung. In: Handelsblatt. 8. Juli 2013, S. 4.
- ⁹ <http://www.steinwaldsagtnein.de/node/70>
- ¹⁰ <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/entwurf-eines-gesetzes-zur-weiterentwicklung-des-strommarktes,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>
- ¹¹ <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/entwurf-eines-gesetzes-zur-weiterentwicklung-des-strommarktes,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>

Anlage:

Gutachten des efzn – Energie-Forschungszentrums Niedersachsen
„Szenarienerstellung und – berechnung zur Analyse von Transportkapazitäten“ (29 Seiten)